

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bestandteile: einschließlich Bruttoerlösen mit den wöchentlichen Beilagen "Kraft der Arbeit" und "Wort und Bild" für einen halben Monat 1 Mk., Einzahlung 10 Mk.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2261, Dresden
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsleiter: Wettinerplatz 19, Fernsprecher Nr. 2521 und 12707
Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 24 mm breite Monatshefte
je 30 Pf., die 30 mm breite Monatshefte 1.50 Mk. für auswärtige
Abnehmer 25 Pf. und 2 Pf. für Postgebühren, Erden- und Miet-
gebühren 49 Pf. Abgabe für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 301

Dresden, Dienstag den 28. Dezember 1926

37. Jahrg.

Die Nachwahlen in England

Von unserm englischen Mitarbeiter
S. London, 26. Dezember.

Der Sieg Oswald Mosleys bei der Nachwahl in Smethwick war vorauszu sehen. Mosley ist eine der härtesten Persönlichkeiten unter dem Nachwuchs der Arbeiterpartei, und er hatte in seinem neuen Wahlkreis die begehrtesten und ergebensten freiwilligen Mitarbeiter, die je einem Kandidaten zur Verfügung standen. Was aber jedermann einschließen des Kandidaten, erstaunte, war die Größe des Sieges. Wenn jemals, so hatte in dieser Nachwahl die ganze öffentliche Meinungsmaschine gegen den Vertreter der Arbeiterpartei gearbeitet. Während Mosley von den großen Zeitungen nur den Daily Herald, das Blatt der Arbeiterpartei, auf seiner Seite hatte, enthielt die gesamte bürgerliche Presse eine Verleumdungskampagne gegen Mosley, wie sie seit Jahrzehnten im politischen Leben Englands nicht mehr beobachtet worden war. Nicht zufrieden mit gefälschten Interviews, gefälschten Berichterstattungen, erlogenen Stimmzählungen über die Situation im Wahlkreis, hielt es diese Presse noch überdies für notwendig, den Vater des Kandidaten, den Erzkonservativen Sir Ernest Mosley — der seinem Sohne den Hebertritt zum Sozialismus nicht verzeihen kann — in dem Wahlkampf gegen Oswald Mosley ins Gewicht zu führen. Trotzdem vermochte Mosley nicht nur den Wahlkreis für die Arbeiterpartei zu erhalten, sondern eine Majorität von sechs einhalbtausend Stimmen über den konservativen Kandidaten zu erzielen, der, im Gegensatz zu Mosley, dem Wahlkreis bereits aus den letzten Neuwahlen her bekannt war und überdies gegen Mosley die Tatsache auszuspielen vermochte, daß er im Gegensatz zum sozialistischen Kandidaten sein Leben als Handarbeiter begonnen hatte. Mosley hat deshalb nicht so unrecht, wenn er angesichts dieser völligen Wirkungslosigkeit der großen bürgerlichen Verleumdungskampagne von einem „Waterloo der Brehlors“ sprach und das Wahlergebnis einen Sieg der Demokratie über die „Preparitokratie“ bezeichnete.

Der Daily Herald nimmt diesen Sieg in Smethwick zum Anlaß, die Ergebnisse der seit dem Regierungsantritt Baldwin erfolgten Neuwahlen ziffernmäßig, mit den in denselben Wahlkreisen von den Parteien anlässlich der letzten Gesamtneuwahlen erzielten Stimmen zu vergleichen. Er kommt zu folgendem interessanten Ergebnis:

Neuwahl 1924		
Partei	Parlamentssitze	Stimmen
Arbeiter	5	227 062
Konservativ	14	280 009
Liberal	3	164 153

22 Neuwahlen seit 1924		
Partei	Parlamentssitze	Stimmen
Arbeiter	10	234 566
Konservativ	11	220 102
Liberal	1	151 492

In einer Analyse dieser Ziffern stellt der Daily Herald als Ergebnis von 22 Neuwahlen fest: Erstens, die Arbeiterpartei ist die stärkste Partei, was die Anzahl der abgegebenen Stimmen anbelangt; zweitens, die Anzahl der für die Konservativen abgegebenen Stimmen ist im Sinken begriffen; drittens, der Zusammenbruch der Liberalen Partei dauert fort. „Die letzte Schlussfolgerung ist um so bezeichnender, wenn man die Tatsache ins Auge faßt, daß die Liberalen bei den letzten Neuwahlen nur in 13 von diesen 22 Wahlkreisen überhaupt kandidierten, während sie bei den Nachwahlen in 21 von den 22 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatten. Trotzdem ist ihre Gesamtstimmenzahl gefallen. Der einzige Sieg, den die Liberalen seit 1924 zu halten vermochten, ist Oldham, wo es keinen konservativen Kandidaten gab und wo sich die konservativen Wähler entweder der Stimme enthielten oder ihre Stimmen dem liberalen Kandidaten gaben. Auf der anderen Seite haben die Liberalen nicht nur siebenmal ihren Einfluß verliert, sondern überdies noch zwei bisherige Sitze verloren.“

So außerordentlich diese Erfolge der Arbeiterpartei sind, so zeigt doch ein genaueres Studium des Charakters der verschiedenen Wahlkreise, in denen seit Baldwin's Amtsantritt gewählt wurde, auch die Grenzen, die dem Fortschreiten der Labour Party in diesen Jahren gezogen waren. Die Arbeiterpartei hat zwar in industriellen Wahlkreisen hervorragend abgeschnitten, sie hat jedoch in den sechs ländlichen Wahlkreisen, welche in dieser Zeit zur Wahl standen, keinen einzigen Sitz zu gewinnen vermocht.

Dies sind vorläufig noch die Grenzen ihres Einflusses und ihrer parlamentarischen Macht. Ohne die ländlichen Bezirke kann sie nie ans Ziel einer rein sozialistischen Mehrheitsregierung kommen. Selbst wenn sie sämtliche heute noch in konservativen Händen befindlichen industriellen Wahlkreise eroberte und die Liberale Partei völlig gesehligte. Hier liegt die Schicksalsfrage der Arbeiterpartei und des Sozialismus in England überhaupt.

Die Partei hat aus dieser Situation die selbstverständlichen Folgerungen gezogen: sie hat ein Pararrayprogramm fertiggestellt und die Pläne zu einer im größten Ausmaß geplanten Landkampagne entworfen. MacDonald hat bereits vor wenigen Tagen mit einer atonalen Programmrede zur Landfrage diesen Ausdruck um die Eroberung der Seele des Landes unter den günstigsten Aussichten eröffnet.

Puttschisten werden belohnt!

Die Justiz schenkt ihnen Pensionen zu

Oder wenn alle Gehaltsempfänger und Lohnempfänger Aufwertung von Lohn und Gehalt fordern würden?

Rechtshetze gegen Stresemann

Die deutsche „Rechtspresse“ hat mal wieder einen Höhepunkt erklommen. Ein großer Teil der deutschen Richterschaft hat immer wieder das Bedürfnis, sich im realistischen Licht zu zeigen und Beweise dafür zu liefern, daß er trotz der fortschreitenden Konsolidierung der Republik sich geistig mit dem alten Regime verbunden fühlt. Einen Rekorde hat sich in diesem Sinne die Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin geleistet. Sie entschied, daß das Reichswehrministerium dem General Lüttich und dem Major Bischof die infolge des Kapp-Putschs gesperrten Gehälter zurückzahlen und aufzuwerten habe.

Den beiden Puttschisten war nach dem Kapp-Putsch das Gehalt gesperrt worden. Als sie dann im vorigen Jahre durch die Hindenburg-Amnestie begnadigt aus ihren Verhaftungen hervorkamen, stellten sie sofort den Antrag auf Auszahlung des rückständigen Gehalts und Weiterzahlung der Pension. Das Reichswehrministerium lehnte diesen Antrag ab. Die Hochverräter setzten aber ihr Vertrauen in die deutsche Justiz. Mit welchem Recht, hat das Urteil der Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin jetzt bestätigt.

Wo in aller Welt ist es jemals dagewesen, daß Hochverräter vom Staat nicht nur nicht bestraft, sondern auch noch durch hohe Gehälter belohnt wurden? Die Weltgeschichte dürfte kaum ein ähnliches Urteil aufweisen wie das der Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin. Die deutsche Justiz glaubt sich alle Leisten zu können. Sie verhöhnt und provoziert die Republik in schamvoller Weise. Sie läßt sich feilenmäßig hohe Gehälter von der Republik bezahlen, schenkt aber den Feinden der Republik fette Prämien zu. „Von Rechts wegen.“ Und das deutsche Volk läßt sich das nun schon seit Jahren gefallen.

Hochverräter und Puttschisten vertrauen auf die deutsche Justiz. Das neueste Urteil wird ihnen vielen Mut machen. Sie rufen für neue Versuche. Die Arbeiterklasse mag auf dem Polten sein, nicht nur gegen Hochverräter, sondern auch gegen ihre juristischen Helfer!

Den Spieß umdrehen!

Berlin, 27. Dezember. Der Vorwärts schreibt zu dem Urteil der Berliner Zivilkammer, gegen das übrigens vom Reichswehrministerium Berufung eingelegt wurde, unter anderem: „Wie würde das Volk sich entscheiden, wenn die Angehörigen der Opfer des Kapp-Putschs Schadenersatzansprüche an Herrn von Lüttich stellen würden?“

Der unmögliche Rechtsblock

Die sächsischen Demokraten

Ein Artikel, den die Neue Leipziger Zeitung von ihrem Berichterstatter aus Dresden erhält, beschäftigt sich noch einmal eingehend mit der Regierungsfrage. Der Artikel geht die verschiedenen Möglichkeiten der Regierungsbildung durch und spricht zum Schluß davon, daß bei einer Stimmenthaltung der A.S.P.S.-Reute die Wahl eines gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten gesichert wäre. Dann heißt es:

Diese Rechnung geht freilich von der Voraussetzung aus, daß sich rechts von den Sozialisten eine „bürgerliche Einheitsfront“ bildet, die von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen bis zu den Demokraten reichen müßte. Wir halten einen solchen „Block“ für politisch untragbar und praktisch unmöglich. Politisch untragbar, insbesondere für die Demokratische Partei. Sie würde ihre politischen und kulturellen Grundzüge verleugnen, wenn sie sich einreihen ließe in eine Front mit der äußersten Rechten. Erst vor kurzem haben sich die Leipziger Demokraten in einer Entschließung hart gegen eine Koalition mit den Deutschnationalen bei der Neubildung der Reichsregierung ausgesprochen. Soll diese Ablehnung keine Geltung gegenüber den sächsischen Jüngern des Grafen Westarp und Adolf Hitler's besitzen?

Noch hoffnungsloser erscheint ein solcher Plan, wenn man an seine praktische Verwirklichung denkt. Wo ist die gemeinsame Linie der Innern, der Finanziar-, der Kulturpolitik, auf der sich Deutschnationalen und Nationalsozialisten zusammen mit Demokraten und Sozialisten finden könnten? Das Programm einer solchen Regierung müßte das offene Bekenntnis zu Programm und Willenslosigkeit enthalten; sobald es zu positiven Forderungen überginge, würde es den Charakter einer politischen Kuriosität, nicht aber den eines ernst zu nehmenden Dokuments erhalten.

An dieser Stelle ist wiederholt dargelegt worden, daß die gegebene Schlussfolgerung der Unfähigkeit des neu gewählten Landtages zur politischen Willensbildung seine Auflösung ist. Wenn seine Rechtheit am 11. Januar mit einer letzten Kraftanstrengung dieses Schicksal abwenden oder wenigstens herabzumildern versucht, so kann seine Rettung nicht darin bestehen, daß er mit Mühe und Not einen politischen Wechselsatz zur Welt bringt, eine Regierung, die nicht einmal lebensfähig ist, geschweige denn die Möglichkeit praktischer produktiver Arbeit in sich trägt.

Wir sind allerdings auch der Meinung, daß der sächsische Bürgerblock ein ebenso merkwürdiges wie wackriges Gebilde wäre. Zwar glauben wir, daß die Demokraten des Herrn Dehne sich schließlich recht gut in diesem Bürgerblock zurecht-

tinden würden. Die bei ihnen den Ausschlag gebenden Herren sind ja im Grunde genommen Nationalliberale. Herr Dehne ist ungefähr von demselben Kaliber wie sein Parteigenosse Kütz, der jetzt durch sein Schmutz- und Schundgesetz die gebührende Berühmtheit erlangt hat. Aber auch wenn die sächsischen Landtagsdemokraten in dem Bürgerblock hübsch artig mitmarschieren, so bleiben doch immer Gegensätze genug übrig. Wir können es uns z. B. nicht denken, daß die vier Aufwertungsleute auf die Dauer eine Politik mitmachen können, die den Herren von der Wirtschaftspartei gefiele, und die Leute von der Wirtschaftspartei werden zweifellos in einem sächsischen Bürgerblock eine große Rolle spielen. Sie haben sich bei den letzten Wahlen als eine sehr gefährliche Konkurrenz für die alten bürgerlichen Parteien erwiesen, und deswegen wird man sich Mühe geben, die Herren zufriedenzustellen, damit sie bei den kommenden Wahlen nicht allzu gefährlich werden können.

Die Sozialdemokratie würde sich redlich Mühe geben, dieser Bürgerblockregierung das Leben so sauer als möglich zu machen, und a in vielen Fragen die A.S.P.S.-Reute, die Aufwertler und die Nationalsozialisten einfach gegenwärtig sein dürften, mit der Sozialdemokratie und den Kommunisten zu stimmen, so könnte es der Bürgerblockregierung sehr oft passieren, daß es ganz anders kommt als sie denkt. Die Sozialdemokratie hätte in jedem Fall eine solche Bürgerblockregierung nicht zu fürchten, hat sie doch die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß es dieser Regierung nicht gerade gut geht. Ob die A.S.P.S.-Reute für einen Ministerpräsidentenkandidaten eines Rechtsblocks stimmen oder ob sie ihm durch Stimmenthaltung zu einer Regierung verhelfen, das wäre Pose wie Jade, in beiden Fällen würden sie sich einen Arbeiterberräter leisten, wie er elender und schändlicher nicht gedacht werden kann. Der gebührende Lohn würde voraussichtlich ja auch nicht ausbleiben, und sehr bald würde von der A.S.P.S. kaum noch etwas übrig sein, vorausgesetzt, daß dieses Grüppchen überhaupt noch Aussicht habeinige Zeit sein Leben zu fristen. Der Korrespondent der Neuen Leipziger Zeitung meint, wenn am 11. Januar noch keine Regierungsbildung zustande käme, dann wäre die gegebene Schlussfolgerung die Auflösung des Landtages. Der Sozialdemokratische Partei könnte auch eine derartige Entwicklung der Dinge recht sein, schon deshalb, weil bei diesen Wahlen mit den Parteipflichtern von der A.S.P.S. recht gründlich aufgeräumt werden dürfte.